

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die zgespaltene Zeilzeile 1,- RM.
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 32 • 36. Jahrgang

Berlin, den 9. August 1930

Das Verbrechen an den Arbeitslosen

Nachstehend bringen wir die auf Grund des Diktats der Reichsregierung bereits am 1. August in Kraft getretene Verschärfung der Arbeitslosenversicherung.

Der Beitrag steigt ab 1. August auf 4 1/2 Prozent des Lohnes. Begleitet wird dieses von erheblichen Verschlechterungen des Unterstützungsbezuges. Zunächst ist nicht mehr, wie bisher für die Feststellung der für die Unterstützungshöhe maßgebenden Lohnklasse der tatsächliche Arbeitsverdienst maßgebend, sondern künftig „darf für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse kein höherer Betrag zugrunde gelegt werden als der Grundlohn, der bei der Entrichtung der Beiträge zur Reichsanstalt zugrunde gelegt war“. Wollte man einer gelegentlich vorkommenden Unterversicherung steuern, so gab es andere Wege. Die Regierung zog es vor, den Bruch eines seit Jahrzehnten anerkannten Grundrechtes der deutschen Sozialversicherung einfach zu dekretieren. Die Folge war sein, daß, wenn der Arbeitgeber zu gering versicherte, der Arbeiter um seinen Anspruch betrogen wird, denn nur die Höhe des Grundlohnes, der der Beitragsleistung entspricht, entscheidet die Höhe seines Leistungsanspruchs. Zu beachten ist, daß bei Kurzarbeit, auch wenn die Beiträge in einer dem Kurzlohn entsprechenden Lohnklasse entrichtet wurden, für die Versicherungsleistung die Lohnklasse zu rechnen ist, nach der bei Vollarbeit die Beiträge zu entrichten wären.

Die zweite Verschlechterung bringt die besonders vom Zentrum gewollte Senkung der Unterstützung für die Hälfte aller Arbeitslosen und gerade der bedürftigsten, der am schwersten von Arbeitslosigkeit Geplagten. Es erhalten diejenigen Versicherten, die „in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt“ nicht mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, nur verminderte Sätze. Gegenüber dem Regierungsentwurf ist hier eine geringe Verschiebung eingetreten. Es sinken die Lohnklassen wie folgt: 7 auf 6, 8 auf 7, 9 und 10 auf 8 und 11 auf 9. Auch über diese Bestimmung und ihre völlig mißglückte Fassung ist noch Näheres zu sagen. — Arbeitslose, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten nur dann Unterstützung, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zuzurechnen ist.

Künftig scheiden alle „geringfügigen“ Beschäftigungen aus der Versicherung aus, auch dann, wenn der Arbeitnehmer einzig vom Ertrag dieser Arbeit lebt und bei ihrem Fortfall in bitterste Not gerät. Als „geringfügig“ soll jede Beschäftigung gelten, die durch Arbeitsvertrag oder der „Natur der Sache“ nach auf nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich beschränkt ist, oder für die kein höheres Arbeitsentgelt als 10 M. wöchentlich vereinbart oder ortsüblich ist. Kurzarbeit rechnet hierbei allerdings nicht als „geringfügig“. — Auch sogenannte „Wohlfahrtsarbeiter“ scheiden aus der Versicherung aus, wenn ihre wöchentliche Arbeitszeit nicht mindestens 32 Stunden beträgt, und wenn sie nicht den tariflichen Lohn oder beim Fehlen einer tariflichen Regelung den für die betreffende Arbeit ortsüblichen Lohn erhalten.

Der berichtigte § 89a hat eine Verbesserung erfahren. Es ist fortgefallen, daß der Arbeitslose auch dann keine Unterstützung erhält, wenn ihm zugemutet werden kann, seinen Unterhalt im Betriebe der „Geschwister“ zu erwerben. Im übrigen sind die Bestimmungen in all ihrer Ungerechtigkeit entweder bestehen gelassen oder sie sind sogar noch sehr verschlechtert worden. Bisher war nach dem Wortlaut der gesetzlichen Bestimmung die Voraussetzung für den Unterstützungsentzug, daß der betreffende Arbeitslose auch wirklich während der Arbeitslosigkeit durch Arbeit seinen Unterhalt erwarb oder erwerben konnte. Jetzt wird die „Bedürftigkeitsprüfung“ durch Diktat der Regierung zum Prinzip er-

hoben. Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts soll nämlich „Richtlinien“ aufstellen darüber, „unter welchen Voraussetzungen anzunehmen ist, daß jemand den erforderlichen Lebensunterhalt durch Arbeit (während seiner Arbeitslosigkeit) erwirbt oder erwerben kann“. Auf den ursprünglichen Vorschlag der Regierung, dem Versicherten, dem die Unterstützung verlagert wird, wenigstens die von ihm geleisteten Beiträge zurückzugeben, verzichtet das jegliche Diktat. Es kostet Geld und trifft ja nur einen Armen.

Die Beschränkung der Unterstützung bei Doppelverdienern führt die Verordnung natürlich durch. Zwar kann ein mit einer hohen Pension oder einem hohen Wartegeld begnadeter Beamter noch 10 000 M. und mehr jährlich in der Privatwirtschaft verdienen, ohne daß ihm von seiner Pension oder seinem Wartegeld ein Pfennig gekürzt wird, wenn aber ein Versicherter arbeitslos wird, dessen Ehegatte ein Arbeitseinkommen von mehr als 35 M. wöchentlich hat, so wird der 35 M. Einkommen übersteigende Betrag von der Unterstützung des arbeitslosen Ehegatten abgezogen. Dieses soll nur dann nicht eintreten, wenn dem Arbeitslosen Familienszuschläge für zwei oder mehr Angehörige gewährt werden. — Sind beide Ehegatten zugleich arbeitslos, ohne daß ein Zuschlagsempfänger vorhanden ist, so wird die niedrigste von beiden Unterstützungen auf die Hälfte gekürzt.

Aber die Regierung kennt auch Verbesserungen. Die Bestimmung des § 98a, wonach durch Arbeitsunfähigkeit (Krankheit) ausfallende Arbeitstage auch dann keine Anwartschaft begründen, wenn das Beschäftigungsverhältnis fortbesteht, gilt künftig nicht mehr für Lehrlinge. — Im berichtigten § 107c ist durch die Verordnung nunmehr klargestellt, daß „Bendearbeiter“ nicht unter die einschränkenden Bestimmungen fallen. Die Unterstützung wird danach künftig nicht dem Lohnniveau des Wohnortes angepasst, „wenn der Unterstützungsort derselbe Ort ist, in dem der Arbeitslose als Arbeitnehmer während der Dauer der Beschäftigungszeit gewohnt hat, der Arbeitslose sich täglich von dort zum Beschäftigungsort und zurück begeben hat und beide Orte einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet angehören“. Diese letztere Bestimmung mußte die Regierung noch schnell einschmuggeln, damit nur nicht die Vernunft vollends zur Geltung kommen konnte. Nun kann sich der Amtshimmel wenigstens am Begriff „einheitliches Wirtschaftsgebiet“ festbeißen. Aber soviel Großmut der dekretierenden Reichsregierung mußte durch weitere Verschlechterungen an anderer Stelle wettgemacht werden. Dazu dient zunächst die Wartezeit, die künftig bei allen Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigter Angehöriger 14 Tage betragen soll. Und weiter soll die Sperrfrist verlängert werden. Statt grundsätzlich bisher vier Wochen soll bei Aufgabe der Arbeit oder bei Nichtannahme von Arbeit die Sperrfrist künftig sechs Wochen betragen. Konnte sie bisher auf zwei Wochen verkürzt und auf acht Wochen verlängert werden, so sind diese Fristen künftig drei respektive zwölf Wochen. Neu ist hier übrigens, daß künftig von der Sperrfrist abgesehen werden kann, wenn der Versicherte seine Arbeitsstelle freiwillig aufgab, „um sich einem geregelten Ausbildungsgang zur beruflichen oder volkswirtschaftlichen Schulung zu unterziehen“.

Um die Mitwirkung der Selbstverwaltung möglichst zu beschränken, verordnet das Regierungsdekret, daß sie künftig im Falle des § 91 ausscheidet. Nach § 91 kann für Arbeitslose unter 21 Jahren die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden, sogenannte „Pflichtarbeit“. Bisher hatte der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes über die Durchführung der Arbeit, „nähere Bestimmungen zu treffen, die Arbeiten auszuwählen und die Höchstdauer der Arbeit festzusetzen“. Die Regierung dekretiert, daß künftig die Verwaltungsausschüsse völlig auszuschalten sind. Will sie damit das Signal zu einer erten und unkontrollierten

lierten Pflichtarbeit aller Arbeitslosen unter 21 Jahren geben? Will die Reichsregierung auf faktem Wege die „Dienstpflicht“ einführen?

Dieser Wechselbalg einer Reform der Arbeitslosenversicherung soll schon am 1. August in Kraft treten. Wir können es nicht hindern. Aber wir können hindern, daß er je gesetzlich fundiert wird. Raßlose Agitation aller Gewerkschaftsmitglieder, Aufklärung aller Arbeiter muß erreichen, daß am 14. September ein Reichstag gewählt wird, der dieser Reichsregierung ihr Nachwerk zerrissen vor die Füße wirft. Das kann nur erreicht werden durch die Wähl von Sozialdemokraten!

Menschen der Freiheit

Zum 11. August

Im der Fäbne allein soll niemand unser künftige Volk erkennen; es muß sich alles verdienen. Friedrich Hölderlin.

Wir blicken vorwärts. Keuland ist unser Ziel. Und im Hinblick auf das Kommende feiern wir das, was wir aus dem Alten heraus erzwingen haben.

Anfrei, machtlos und rechtlos lebten wir in Obrigkeitstaate. Im Wahreht standen hundert schaffende Menschen einem Besizenden gleich, und auch die wirtschaftliche Unterdrückung der sozial Schwachen wurde von brutalen Paragrafen sanktioniert, indem das Gesetz des alten Staates die wirtschaftlich abhängigen Menschen im kämpferischen Erzwingen ihrer Freiheit hinderte. Der Staat war auch politisch nur Klassenstaat. Auch politisch gab es Herren und Knechte, Menschen höheren und minderen Rechts.

Es ist ein ungeheurer Schritt vorwärts zur sittlichen Gestaltung des Zusammenlebens, daß die Republik uns die politische Gleichheit gebracht. Republik ist Freiheit, und Schwarz-Rot-Gold das Symbol politisch gleichberechtigter Volksgenossen.

Wir sind stolz auf diese Ordnung des politischen Zusammenlebens und wir hüten sie. Niemand soll wagen, an dieser Freiheit zu rütteln! Freiheit ist heilig!

Republik ist mehr als staatliche Ordnung. Republik ist der politische Ausdruck des Rechts auf das Selbst. Auf die Freiheit unserer Würde. Auf die Würde der Persönlichkeit. Und mit der Möglichkeit frei-persönlicher Entfaltung ist die Republik der politische Boden der Gemeinschaft.

Nur dann sind Menschen frei, wenn a l l e frei sind. Solange auch ein einziger noch unfrei ist, ist Freiheit nicht. Freiheit hat Gemeinschaft zur Voraussetzung. Und die Republik ist die politische Voraussetzung für beides.

Republikaner zu sein, ist darum eine Aufgabe an uns und den Menschen. Nicht am leuchtenden Banner allein sollen Menschen erkennen, daß die Republik unsere Staatsform ist. Auch an den Menschen. Ihrer Freiheit. Ihrem Stolz, der kein Oben und Unten kennt. Ihrer Verantwortung gegen die Pflichten, die die Staatsform der Freiheit den Menschen gibt.

Nur republikanische Menschen sind der freien Staatsform würdig. Menschen, die auch selber im Zusammenleben diese Freiheit adten, im Kreise der Kollegen, der Familie, ihrer Organisation.

Ich kann nicht Unrecht sehen, wo es auch sei, weil Unrecht nicht Freiheit ist.

Ich kann nicht als Vereinzelter leben, weil nur Solidarität die Freiheit zu erzwingen imstande ist.

Ich kann nicht ruhen, wenn es zu tun gibt, da Handeln nur vorwärts zur Freiheit führt.

Ich kann nicht Gewalt und Faustrecht üben, weil der geistige Gedanke der Freiheit wachsen und reifen muß und gehütet sein will als Heiligtum des innerlichsten Menschen.

Ich stehe in Ehrfurcht vor Recht, in Ehrfurcht vor Menschen. Ich schaffe und strebe und kämpfe für Menschen, da nur Tat und Kampf und Opfer höchstes Glück der Freiheit ist.

Unternehmerorgan als wirtschaftspolitische Kinderpieltwiese?

Wie sich das deutsche Volk nach dem Zusammenbruch der Monarchie eine neue Staatsverfassung gegeben hat, so wird es seine Wirtschaftsordnung neu gestalten, wenn allseitig das völlige Versagen des Privatkapitalismus gegenüber den sozialen Bedürfnissen eines fortschrittlichen Volkes erkannt worden ist. Millionen und aber Millionen Arbeitslose seit langen Jahren in allen hochkapitalistischen Ländern. Der Privatkapitalismus erweist sich als unfähig, die sozialen Niedergangerscheinungen, die er hervorgerufen hat, zu beseitigen. Die Völker werden daraus die Konsequenzen ziehen.

Der Privatkapitalismus kennt keine soziale Schuld und auch die Gefahren, denen er entgegengeht. Vielleicht zum letzten Male sammelt er seine Kräfte und versucht in grandioser Machtentfaltung den gewaltig anwachsenden Strom des Mißtrauens und der Verzweiflung von sich abzulenken. Die Sozialpolitik des Staates, die Kriegskriegsbeihilfe, die Lohnpolitik der Gewerkschaften sind schuld! Laut und lärmend werden diese Parolen durch die Lande getragen. In den Parlamenten durch willfährige Abgeordnete, in Volksobermännern durch begabte Propagandisten; honorarillustrierte Professoren liefern die nötige wissenschaftliche Wagenfahne, geleitete Syndizi und prominente „Wirtschaftsführer“ versehen auf Unternehmertagungen einschlägliche Vorträge zum zigtausendsten Male, in jeder Stadt quälen sich hundert oder tausend Redakteure, um goldene Worte über die Schuldlosigkeit der Schuldigen von sich zu geben, überall sagt man's, überall schreibt man's und Herr W. in M. schreibt's in der „Zeitschrift“ Nr. 38 vom 22. Juli nach. Hier ein kümmerliches Bröckchen „Wirtschaftslehre“, dort einen riesigen Happen Gewerkschaftsfeindschaft aufgegebelt, beides hübsch vermanst mit einer gehörigen Portion Unlogik, vor allem kräftig Lohnsenkung gefordert, und die „Zeitschrift“ hat für ihre Ausgabe vom 22. Juli einen Leitartikel, wie sie ihn gebrauchen kann. Man sieht, was Redaktionen passieren kann. Seien Sie vorsichtig, Kollege Schulze! Würden Sie in unserer „Solidarität“ eine gleichwertige „Leistung“ veröffentlichen, wir würden Ihnen schon leuchten.

Die „Zeitschrift“ aber hat Raum genug für jeden — Mitarbeiter. So darf denn auch Herr W. eine ganze Spalte lang die Gewerkschaften für alle privatkapitalistischen Verschärfungen verantwortlich machen, ohne auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen, um dann zwischendurch folgende Weisheit abzulöffeln:

„Es ist alles richtig, was behauptet wird von der Massenkaufkraft, aber es wird vergessen, daß die Massenkaufkraft nur etwas Sekundäres, von der Produktion Abhängiges ist. Der Umfang der Kaufkraft muß sich immer genau mit der Produktion decken, die die einzige Quelle der Kaufkraft ist, und diese Produktion schafft sich unter gewissen Voraussetzungen automatisch den Abfluß.“

Der Wirtschaftspolitische Mitarbeiter der „Zeitschrift“ kennt nicht den Unterschied zwischen Kaufkraft und Massenkaufkraft. Er kennt ferner nicht die elementarsten Bewegungsgesetze in der privatkapitalistischen Wirtschaft, sonst würde er nicht von dieser Wirtschaftsordnung verlangen haben, daß in ihr der Umfang der Kaufkraft sich immer genau mit der Produktion deckt. Eine schwere Anklage gegen den Privatkapitalismus; das ist ja gerade sein weltbedeutendes Manko, daß sich in ihm Kaufkraft und Produktion niemals in Übereinstimmung befinden. Nur in schmerzhaftesten Zukunfts, nach Durchquerung der Taler wirtschaftlichen Niederganges vermag der Kapitalismus diese ideale Übereinstimmung auch nur annähernd wieder herbeizuführen. Werden Sie Planwirtschaftler, Herr W., dann läßt sich diese Forderung ernsthafter diskutieren. Von übergroßer Ahnungslosigkeit zeugt es jedoch, wenn der Mitarbeiter der „Zeitschrift“ sich einredet, mit dem Hinweis auf diese „fundamentalen Zusammenhänge“ (!) die gewerkschaftliche Lohntheorie abgefertigt zu haben. In Wirklichkeit ist sie dadurch nicht einmal berührt worden.

Die gewerkschaftliche Lohntheorie stellt nicht einen Augenblick lang in Zweifel, daß die Steigerung des Lohnes eine absolute Grenze findet in der Produktivität der Arbeit. In der privatkapitalistischen Wirtschaft erhält der Arbeiter jedoch nur einen Teil der durch ihn geschaffenen Werte, weil ein anderer Teil unverdient auf Grund des Besitzmonopols von den Kapitalisten einbehalten wird. Innerhalb der absoluten Grenze kämpft die Arbeiterschaft um die Steigerung ihres Anteils. Letztes Kampfziel ist die völlige Beseitigung unverdienter Unternehmergewinne. Die Gewerkschaften als Träger dieses Kampfes haben hierbei nicht nur alles moralische, sondern auch das Recht der wirtschaftlichen Vernunft auf ihrer Seite. Denn letzten Endes werden alle wirtschaftlichen Krisenerscheinungen durch die Unternehmergewinne hervorgerufen. Das gilt ganz besonders mit Bezug auf das Verhältnis zwischen Kaufkraft und Produktion. Der Lohn des Arbeiters fließt durchweg in

vollen Umfange in die Produktion zurück. Hingegen werden Unternehmergewinne der Produktion in großem Umfange entzogen.

Es liegt ein aktuelles Beispiel vor. Nach zuverlässigen Schätzungen sind der deutschen Wirtschaft durch Landesverräter auf dem Wege der Kapitalflucht etwa 12 Milliarden Mark entzogen worden. Millionen deutscher Arbeiter hätten für lange Zeit Arbeit und Brot, wenn dieser gewaltige Betrag als kaufkräftige Nachfrage in die Wirtschaft zurückgelassen wäre, mit anderen Worten, wenn Arbeiter diese 12 Milliarden Mark mehr verdient und ausgegeben hätten. In dieselbe Reihe gehört auch, daß ungeheure Summen an Konjunkturbefruchtender Kaufkraft durch nutzlose Fehlinvestitionen verpölpelt werden. Für die Beschäftigung eines Volkes bedeutet es ferner einen sehr wesentlichen Unterschied, ob 10 000 M. für ein Perlenkollier oder für Textilien, Lebensmittel, Lederwaren und dergleichen ausgegeben werden. Weitere Beweise für die quantitative und qualitative Überlegenheit des Arbeiterlohnes gegenüber dem Unternehmergewinn in konjunkturpolitischer Hinsicht anzuführen, ist aus räumlichen Gründen leider nicht möglich.

Die gewerkschaftliche Lohntheorie begründet nichts anderes als die Forderung, aus konjunkturpolitischen Gründen die Unternehmergewinne zu beschneiden. Sie sieht in der Kaufkraftverlagerung vom Unternehmer zum Arbeiter hin eine entscheidend wichtige Voraussetzung zum Antriebe der Wirtschaft. Wer gegen die gewerkschaftliche Lohntheorie antritt, hat die Aufgabe, ihre konjunkturpolitischen Untersuchungsergebnisse zu widerlegen. Das ist nicht möglich. So erklärt sich das Eingeständnis: „Es ist alles richtig, was behauptet wird von der Massenkaufkraft.“ Wenn das alles richtig ist, dann wird es verteuert hohe Zeit, daß das deutsche Unternehmertum endlich einmal auf einen Teil seiner Gewinne verzichtet, um Kaufkraft in die Massen zu pumpten. Denn dadurch, daß man feststellt, die Produktion sei die Quelle der Kaufkraft, wird nichts widerlegt und nichts bewiesen.

Statt dessen verlangt die „Zeitschrift“ durch ihren Mitarbeiter mit dem Hinweis auf die weltwirtschaftliche Verschlechterung und die schlechte Lage des deutschen Unternehmertums rund und nett eine Lohnsenkung, nicht so knapp, „Abbau der Preise durch Senkung der Herstellungskosten, also in erster Linie auch Senkung der Löhne.“ Das ist nach Ansicht der „Zeitschrift“ bzw. ihres wirtschaftspolitischen Mitarbeiters der einzige Weg, aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen. Demgegenüber kommt das Institut für Konjunkturforschung in seiner Untersuchung über die Auswirkungen niedrigerer Löhne auf die Märkte zu dem Ergebnis:

„daß jede lohnpolitische Maßnahme, die nach einer Richtung hin getroffen wird, in ihrer konjunkturpolitischen Wirkung wegen der doppelten Funktion der Löhne ins Gegenteil ausfallen kann. Senkung der Löhne bedeutet — nach der Kostenseite hin — Erleichterung der Kosten, bietet somit die Möglichkeit, die Preise zu senken und würde dadurch den Absatz fördern, wenn nicht gleichzeitig durch eine Senkung der Löhne auch eine Schwächung des Binnenmarktes eintreten würde. Bei sinkenden Preisen würde ein Gleichbleiben der Löhne oder gar eine Lohnsenkung andererseits den Binnenmarkt stärken, den Absatz der Konsumgüterindustrien anregen und so die Voraussetzungen für neuen Aufschwung stiften, wenn nicht gleichzeitig dadurch die Senkung der Preise gebremst werden würde, die ebenfalls eine der Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung bildet.“

Das Institut für Konjunkturforschung bezeichnet es als unmöglich, die Wirkungen einer Lohn- bzw. Preis-senkung im Umfang genau zu berechnen, weshalb weiter festgestellt wird, daß

„gemeingültige Grundzüge hier nicht aufgestellt werden können, und daß von generellen Regelungen Wirkungen auszugehen vermögen, die konjunkturpolitisch unseres Erachtens gerade das Gegenteil dessen bewirken, was man beabsichtigt.“

Dem ist nichts hinzuzufügen als die Aufforderung an die Unternehmer, die notwendige Preisentlastung aus den unverdienten Unternehmergewinnen zu finanzieren. Und nun wollen wir einmal deutsch reden: Es ist eine Unverschämtheit ohne Beispiel, wenn Leute, die im Gelde schwimmen, von der Kollegenchaft verlangen, sie solle die irrjinnige und verfahrenne Wirtschaftspolitik des Unternehmertums mit einer weiteren Einschränkung ihrer ohnehin kläglichen Lebenshaltung bezahlen. Wir Kollegen aus den Betrieben hören drei-, viermal im Jahre, daß unsere und andere Chefs und ihre Familien sich monatelang in teuren Bädern befinden, wir beobachten Tag für Tag einen Luxus, der uns die Galle hochsteigen läßt. Für uns ist alles Gemerme von der Not des Unternehmertums heuchlerischer, elender Quatsch. Wir wollen den Verbandsvorstand sehen, der sein Einverständnis zu einer Lohnsenkung, ja auch nur zu einem Stillstand der Löhne gibt. Die Unternehmer könnten dann ihr blaues Wunder erleben. Otto.

Zur Organisationsfrage der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen

Zur Zeit gibt es in Deutschland, so traurig es ist, ungefähr sieben Kriegsbeschädigtenorganisationen und Organisationen, die alle behaupten, die Interessen der Kriegsoffer zu vertreten. Gerade die jegliche Zeit mit dem im Reichstag angenommenen Verschlechterungen der Versorgung zwingt ein offenes Wort an alle beteiligten Kriegsoffer zu richten und zu sagen, wohin sie gehören. Für alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, ob Kriegsbeschädigter, Kriegserwitte, Kriegserwitte oder Kriegserwitte kommt einzig und allein nur der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserwitte in Frage. Denn alle Verschlechterungen in der Versorgung der Kriegsoffer seit Verabschiedung des Krieges sind nur dem machtvollen Eintreten des Reichsbundes zu verdanken, insbesondere dem Reichstagsabgeordneten Rohmann, der im Reichsbund und Bundesausschussvorsitzender ist. Die Hauptsache ist aber für uns die, daß der Reichsbund die einzige Organisation in Deutschland ist, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht und seine Tätigkeit neben der Vertretung der Kriegsoffer eingestellt hat unter dem Motto: „Nie wieder Krieg!“ Dies bezeugt auch die nachstehende Entschließung, die auf dem Bundestag in Dresden im Mai 1927 und auch heuer wieder in Mainz einmütig angenommen wurde. Sie lautet:

Die ungeheuren Opfer an Blut, Gesundheit und Lebensglück, welche der Weltkrieg von den Kriegsteilnehmern, Kriegsbeschädigten und Kriegserwitte hinterbliebenen gefordert hat, würden keinen geschichtlichen Sinn haben, wenn sie nicht der Förderung hoher staats- und weltpolitischer Ideale gedient hätten. Diese Ideale sind: Die Erhaltung der Reichseinheit, die Stärkung der Staatsgesinnung durch politische Gleichberechtigung auf dem Boden einer demokratisch-republikanischen Verfassung und die Sicherung des Weltfriedens. Die im Reichsbund vereinigten Kriegsoffer geloben, diese Ideale als ein Vermächtnis der toten Brüder zu achten und gegen jeden Angriff mit Entschlossenheit zu verteidigen. In der Überzeugung, daß ihre eigenen sozialen Forderungen einen unlöslichen Bestandteil des Gesamtwohles darstellen, fordern sie die Kameradinnen und Kameraden im ganzen Reiche auf, in freundschaftlicher und verantwortungsbewußter Mitarbeit der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen, den Weltfrieden zu fördern und diejenigen Kräfte im Volke zu unterstützen, die der Republik einen sozialen Inhalt geben wollen.

Darum, Kollegen, stärkt die Reihen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserwitte hinterbliebenen, damit wir dem Reichstag und der Regierung sagen können, hier steht eine geschlossene Masse der Kriegsoffer. Bei Übertritt aus anderen Organisationen werden die dort geleisteten Beiträge restlos angerechnet. Das Sterbegeld beträgt 90 Mark. Auskunft erteilt jede Ortsgruppe, wo keine vorhanden ist, werden man sich an die Bundesleitung Berlin C2, An der Stralauer Brücke 6.

A. D., Würzburg.

Entstellungsfürsorge

Im Kampfe um die Erziehung spielen auch Schönheitsfehler des Leibes eine bestimmende Rolle, obwohl solche Mängel mit dem beruflichen Können gar nichts zu tun haben. Aus diesen Notwendigkeiten heraus wurde vor einigen Monaten zum ersten Male in Deutschland eine öffentliche Beratungsstelle in Berlin-Weidling geschaffen.

Männer und Frauen haben sie aufgesucht, wie der höchst interessante Bericht beweist, den der Leiter dieser Stelle, Dr. Martin Gumpert, jetzt in der Deutschen medizinischen Wochenschrift gibt. In der Hauptsache Frauen. Bei ihnen scheint die Entstellung ein noch größeres Hindernis im Lebenskampfe zu sein als beim Manne. Immerhin stellen die Männer mehr als ein Drittel aller Ratfuchenden.

Aus allen Berufen waren die Menschen gekommen, Arbeiter, Angestellte, freie Berufe, Künstler, Hausangestellte. Die größte Zahl stellten die Arbeiter und die Angestellten; fast ein Drittel, die Arbeiter weit mehr als ein Drittel aller Ratfuchenden. Die Künstler stellten etwa 4 Prozent. Die Hausangestellten machten rund 6 Prozent aus.

Die meisten hatten ein entstellendes Hautleiden. An zweiter Stelle stehen die Entstellungen der Nase. Dann kommen — bedauerlich und bezeichnend — die Altersentstellungen. Bei manchen war die lange Arbeitslosigkeit nur auf diese Entstellungen zurückzuführen. Aber auch Entstellungen der Augen, Ohren, Lippen, Zähne, ja der Brust und der Füße kamen zur Behandlung.

Fast alle Ratfuchenden waren vor ihrer Entstellung auch seelisch schwer bedrückt. Nach der Beratung wurden die Patienten an Ärzte überwiesen. Leider fehlte oft der Kostenträger. Hin und wieder traten die Wohlfahrtsämter ein.

Es ist nötig, diesen Dienst an schaffenden Menschen gefällig in die soziale Fürsorge einzufügen. Die Erfahrungen dieser ersten Entstellungsfürsorgestelle haben gezeigt, daß solche Arbeit dringend erforderlich ist.

Der fliegende Holländer

(Fortsetzung statt Schluss)

Oben auf Deck räuberten schon mehrere Stimmen. Der Kapitän rief sich den Bart, was ihn, bei Gott, nicht schöner und gemüthlicher machte, und schaute. Alles, was noch unten war, ging nach oben.

Ein paar Kerle hatten schon Lampen klargemacht, damit wir uns nicht in die Finze taunten.

Was war eigentlich los? Riff! U n g e h a u e n ! Das war eine nette Befragung. Sagen wir da nachts auf dem Stillen Ozean wie festgebunden und konnten nicht loskommen, auf dem 16. Grad südlicher Breite lagen wir etwa, die Baumotinseln, die sich, eine zerfaserte Wolke von kleinen Eilanden, fast 1500 Kilometer durch den Ozean ziehen, mußten in der Nähe sein. Auch Tahiti.

Kapitän Strumpeter ließ die Jolle herunterknurren und fuhr, aufgeblassen wie ein Schulmeister, um den 'Eimer', nachzusehen, was eigentlich zu tun sei.

Wir war alles tiepe. Samuel soll die Maschine laufen lassen! Na, pusteboh, der 'Eimer' rumorte, schnarrte, pruztete und blieb einfach stehen.

Der Wind züschte mit einem gläsernen Knall über das Deck, rief das Tafelweert und schlug uns um die Ohren. Es begann zu regnen.

Das war ein ganz gefährliches, heimtückisches Gewässer, sage ich euch. Die größten Korallenriffe der Welt liegen in dieser Gegend. Kleine Teufel, vielleicht das einzige, was der Seemann fürchten mußte. Die Inseln, denen wir benachbart sein mußten, sind unagliche kleine Steininseln, die oft sehr tief liegen. Im Jahre 1903 brach der Ozean über sie her und fraß alles auf, was lebend und tot auf ihnen hockte.

Wir konnten nicht allzweit von diesen Ansiedlungen abliegen.

Zwei Stunden standen wir schon im Regen und versuchten noch immer, den Kahn frei zu bringen. Er schien wie mit Ketten in der Tiefe zu hängen, vielleicht machte es ihm Spaß, auch einmal ruhig schlafen zu können.

Was blieb uns anderes übrig, als Land zu suchen, das süßlich liegen mußte, um Hilfe zu holen?

Was nützte es wohl, wenn wir in einer vom Regen und Wind unmauerteten Südbenachtlage die Topplaternen schwengen, das Nebelfeld schreien ließen und Raketen in den verwehten Himmel schickten?

Niemand würde das Licht der Laternen sehen. Niemand würde das Nebelfeld schreien hören.

Niemand würde in den verwehten Himmel schauen.

Kapitän Strumpeter, Wulper, drei Mann und unser Küchenscheun Kien blieben an Bord, wir anderen sechs gingen in die Boote und ruderten ostwärts. Der Regen weichte uns die Haut auf und machte uns jämmerlich frieren. Soja bestellte wie eine verrotte Kanone. Gallo, linker Hand trante ein schwaches Lichtlein durch die Regenwolke, da mußte Land sein, wenn uns nicht das Wetter narrete. Vielleicht war es Dicitain, jenes kleine Inselchen, das den Engländern gehört, kaum fünf Quadratkilometer groß, und das 1790 von den meuternden Matrosen des englischen Kriegsschiffes 'Bounty', die sich einfach Frauen aus Tahiti in den Arm steckten, besiedelt wurde, vielleicht ist es dieses kleine Inselchen, dashten wir, und waren voller Hoffnung im Blick und im Herzen. Denn mittlerweile machte die Gestalt auch keinen Spaß mehr, wir mußten doch nun einmal nach Wischane, um die Werkzeuge und Bleistanken abzuliefern, und hockten doch außerdem noch sechs Mann verlassen auf dem 'Eimer'. Wir ruderten gerademags auf das Licht zu und schienen ihm auch näherzukommen. Auf einmal saßen wir auf Land, sprangen auf die Erde und zogen die Boote einige Meter hinan. Dann ließen wir einem villenächlichen Gebäude in den Kagen, das Licht schien verschunden, aber es schienen Leute im Hause zu wohnen. Wir lärmten in den Gängen und leuchteten die Winkel und Zimmer aus, bis eine Tür aufgeschlagen wurde und uns ein dreitaugiger, trausträgiger und etwas verängstigter Insulaner einige Worte eines komischen Südsee Französisch an den Kopf warf, daß wir grünen mußten. Was wir wohl in aller Nacht und bei diesem Wetter wollten? Er leit Teipo, der seinem Herrn, dem Monsieur Gustave de la Chevalerie, seit drei Jahren diene und ein Weib habe, schon wie eine Blume der Südsee. Was wir denn wollten? Wir fragten nach seinem Herrn, den er sofort nennen mußte, und wo wir denn eigentlich seien? Der dreitaugige Diener laubewelschte etwas von Utobi oder Utobui. Es stellte sich näher heraus, daß es Tahiti war, die größte der französischen Gesellschaftsinseln. Inzwischen kam auch Monsieur Gustave de la Chevalerie, wie es schien, ein sehr feierlich, vornehmer und gutgemachener Herr, das muß man schon sagen, schwererger Bekleidungs- und Kopfabänder, wie wir später erfuhr. Dem erzählten wir nun unser verbeiltes Mißgeschick und baten um Hilfe. Monsieur de la Chevalerie kurrte noch einmal etwas über die unlieblichsame Störung durch die aristostratistischen Jähne und schickte uns dann, da er, was zu verstehen ist, doch nicht mit seinem Fordwagen unseren 'Kahn' nach Wischane ziehen könnte, nach dem nahegelegenden Papeete, der kleinen Stadt der Insel, wofelst Boote und vielleicht auch ein Dampfer lagen. Der Regen hatte inzwischen etwas nachgelassen und wir trauten alle ein wenig bedrückt durch den Kotoswald nach Papeete. Es war hell geworden, der Tag lief mit silbernen Mägeln über den Waldbriden und pumpt uns das übernatüchliche Herz auf. Endlich fanden wir das Haus der französischen Verwaltung und bekamen eine Motorbaraffe mit drei Mann und einem malaischen Berufstaucher frei. So konnten wir uns nun endlich wieder auf den Weg machen, um den 'Eimer' von dem verfluchten Stein loszuwickeln. Die Baraffe hat allerhand Kraft in den Motoren, sie schloß durch die Finten, vielleicht glückte es und wir könnten den 'Kahn' damit aus dem Dreck ziehen.

Sapperlot! Wir fuhrten schon zehn Minuten über die Zeit hinaus, wir hatten gut Achtung gehalten, hier irgendwo muß er doch liegen, unser 'Eimer', sagten wir uns. Es war strahlendes Licht über der Südsee, wir konnten weit sehen. Der Himmel war ins Bläuliche getaucht, weit hinten am Horizont schon tintenfarbener, aber, zum Teufel, wo war er denn? Wir saßen uns die Augen aus, ost-, west-, süd-, nordwärts. Weit und breit war nur Wasser und ein leichter, zarter Wind darüber. Soja wurde unruhig und bekam Wasser in die Augen. Uns allen trampfte sich das Herz zusammen. Wo sind Wulper, Strumpeter und der kleine Kien? Man kann doch nicht ein nahezu 50 Meter langes Dampfsschiff, das eine ganze Anzahl Kubimeter verdangen konnte, einfach in die Tiefe sinken? (Schluß folgt.)

Fantasie für übermorgen

Und als der nächste Krieg begann, Da sagten die Frauen: Nein! Und schlössen Bruder, Sohn und Mann: Fest in die Wohnung ein.

Dann zogen sie in jedem Land Wohl vor des Hauptmanns Haus Und hielten Stöße in der Hand Und holten die Kerls heraus.

Sie legten jeden übers Knie, Der diesen Krieg befehlt: Die Herren der Bank und Industrie, Den Minister und General.

Da brach so mancher Stod entzwei, Und manches Großmaul schwieg, In allen Ländern gab's Geschrei, Und nirgendes gab es Krieg.

Die Frauen gingen dann wieder nach Haus, Zum Bruder und Sohn und Mann Und sagten ihnen, der Krieg sei aus! Die Männer harzten zum Fenster hinaus Und sahn die Frauen nicht an ...

Gerhard Krüger.

Sie hatten begriffen

Von der Kanalbrücke war ein Mann in das Wasser gesprungen. Sofort sammelte sich eine Menschenmenge, gestillerte und erwoog Rettungsmaßnahmen. Schließlich durchbrach ein junger Mensch den Kreis, warf seine Jacke ab und sprang dem Selbstmörder nach. Er erreichte ihn, gerade als jener — schon bewußtlos — noch einmal auftauchte, und brachte ihn an Land. Hier kam der aus dem Wasser gegogene Mensch wieder zu sich. Die Menge umstand die beiden triefenden Gestalten. Gleich würde ein Auto kommen und sie fortbringen. Inzwischen trat ein älterer, würdevoller Herr an den Ketter heran. „Brav, junger Freund, sehr brav; ich werde dafür sorgen, daß Sie die Rettungsmedaille bekommen.“

„Die besthe ich schon“, sagte der junge Mann. „Nun, dann wird Ihnen der Staat ein Geldgeschenk überweisen.“

„O danke, ich bin petuniär gesichert.“

„So — nun dann ...“ Der alte Herr ärgerte, welche Steigerung konnte er noch bringen? Da drängte sich der Gerettete zwischen die beiden, und ehe jemand es hätte hindern können, hatte er seinem Ketter die gestohlene Jacke mitten in das Gesicht geschlagen. Dann — das geschah alles in der Sekunde der Erkarrung — schwang er sich nochmals über das Brücken Geländer.

Diesmal sprang ihm niemand wieder nach. Sie hatten wohl alle begriffen.

Aus dem Steindruckgewerbe

Leipzig

Zwischen der Vereinigung Leipziger Lithographischer Anstalten und dem Verbands der graphischen Hilfsarbeiter wurde unterm 30. Juni 1930 der bisher bestandene Mantel- und Lohntarif ohne jede Abänderung auf ein weiteres Jahr bis zum 31. Mai 1931 verlängert.

Der Lohnvertrag ist gültig ab 1. Juni 1930 bis 31. Mai 1931. Danach betragen die

Mindestlöhne ab 1. Juni 1930:

1. Stein- und Zintzfleifer:	
über 24 Jahre	52,50 M.
von 21 bis 24 Jahren	43,— M.
von 19 bis 21 Jahren	38,— M.
von 17 bis 19 Jahren	32,50 M.

a) Hilfsarbeiter:

über 24 Jahre	48,— M.
von 21 bis 24 Jahren	41,30 M.
von 19 bis 21 Jahren	37,— M.
von 17 bis 19 Jahren	30,30 M.
von 16 bis 17 Jahren	23,— M.
von 15 bis 16 Jahren	15,75 M.
von 14 bis 15 Jahren	13,— M.

b) Rotarv-Anlegerinnen:

über 21 Jahre	35,— M.
von 19 bis 21 Jahren	32,50 M.
von 17 bis 19 Jahren	30,— M.

c) Apparatführerinnen, Anlegerinnen, Lichtdruck-Anlegerinnen:

über 21 Jahre	33,85 M.
von 19 bis 21 Jahren	31,40 M.
von 17 bis 19 Jahren	29,— M.

d) Auslegerinnen:

über 21 Jahre	30,15 M.
von 19 bis 21 Jahren	28,20 M.
von 17 bis 19 Jahren	26,40 M.

e) Hilfsarbeiterinnen:

über 21 Jahre	27,35 M.
von 19 bis 21 Jahren	25,— M.
von 17 bis 19 Jahren	20,85 M.
von 16 bis 17 Jahren	17,— M.
von 15 bis 16 Jahren	12,40 M.
von 14 bis 15 Jahren	10,60 M.

2. Für Bronzier-, Taktumiers-, Ruder- und Wstäubarbeiten mit der Hand und an Maschinen werden für jede Stunde als Extraentschädigung 10 Pf. gewährt. Wird unmittelbar an der Druckmaschine mit der Hand bronziert oder taktumiert, erhalten Anlegerinnen und Bogenfängerinnen ebenfalls diesen Zuschlag.

3. Leistungszulagen. Bisher gezahlte Leistungszulagen werden durch dieses Abkommen nicht vermindert.

Aus den Zahlstellen

Augsburg. Die Zahlstelle Augsburg hielt am Samstag, dem 19. Juli, in der Restauration „Neuschwanstein“ ihre gut besuchte Quartalsversammlung ab. Der Vorsitzende gedachte mit Worten der Pietät der Opfer des entsetzlichen Bergwerksunglückes von Neudorf, bei dem eine große Anzahl Familienväter und organisierte Gewerkschaftsmitglieder den Tod fanden. Die Verammlung erbrachte das Gedenken durch Erheben von den Sigen. Gauleiter Kollege Lehmeier (München) hielt darauf einen tiefgründigen Vortrag über: „Die Abbaubestrebungen der Unternehmer in bezug auf die Löhne und die Sozialgesetzgebung.“ Er hob besonders hervor, daß die Not der Erwerblosen zur Zeit besonders groß sei. Mehr als drei Millionen gäbe es heute in Deutschland aus allen Berufsständen zusammengesetzt, die von dem drückenden Los der Arbeitslosigkeit getroffen sind. Die teilsigen Neuerungen, von einer gewissen Yreile als legerbündig für die Menschheit bezeichnet, bedeuten für die arbeitenden Schichten eine immer größer werdende Gefahr. Der Artikel 46 der Reichsverfassung macht es dem Staat zur Pflicht, den unverschuldet um ihre Erziehnz gekommenen Schichten des arbeitenden Volkes eine Unterstützung zu gewähren. Die den Arbeitlosen zustehende Unterstützung ganz empfindlich zu schmälern bzw. ganz abzubauen, wäre der Wille des immer von „Arbeiterfreundlichkeit“ triefenden Unternehmertums. Redner unterzog auch die Tätigkeit des christlichen Arbeitsministers Stegerwald einer entsprechenden Würdigung. Nicht nur der Arbeitslosenversicherung drohe ernste Gefahr, auch die Krankenversicherung wollen die Herren der Regierung verschlechtern. Eine Reihe wichtiger Angelegenheiten erörterte der Redner noch im Laufe seiner Ausführungen. Es gelte vor allem, bei der im September stattfindenden Reichstagswahl durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels den „arbeiterfreundlichen“ Bestrebungen der Regierung Brining und ihren Helfern die ihnen gebührende Quittung zu geben. Bei den kommenden Wahlen müsse alles versucht werden, um auch die letzte Kollegein und den letzten Kollegen nicht nur zur Urne zu bringen, sondern zur Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels zu veranlassen. Die Kollegen Barth und Meyer untertrügen die Ausführungen des Kollegen Lehmeier. Barth schilderte die Geschäftigkeit der Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung. Er hat auf Grund seiner Tätigkeit als Kontrollbeamter bei der Ortstratenliste Augsburg darüber seine Erfahrungen machen können. Hierauf erfolgte die Erstattung des Quartalsberichtes. Kollege Koppold gab ein anschauliches Bild über die Tätigkeit und Handlungen der Zahlstellenleitung. Bei der Firma Burger wehe zur Zeit ein reaktionärer Wind. Mit allen Mitteln verjuche die Firma einen Abbau des Alfordarbeiterhaushalts durchzudrücken. Die Firma Mader gehöre auch zu jenen Firmen, die die geschlossene Abwehr der Kollegenschaft notwendig machen. Die gepflogene Korrespondenz beziehe sich zum größten Teil auf die Vorbereitung des 25jährigen Gründungsjubiläums der Zahlstelle Augsburg, das am Samstag, dem 13. September, in den Räumen des Volkshausaales in feierlicher Weise begangen wird. Mit außerordentlicher Freude wurde die Mitteilung begrüßt, daß der Kollege Bucher vom Hauptortstand sich zur Übernahme der Festrede bereit erklärt hat. Der Bericht des Kassierers und der Revisoren wurde mit Befriedigung entgegengenommen. Der Vorsitzende kam auf die Vorbereitung des 25jährigen Gründungsfestes zu sprechen: Zwei Jubilare gelte es bei der Jubiläumsfeier zu ehren: die Kollegen B a r t h, G e o r g, und B o g e n h a r z, Xaver, die nicht nur an der Wiege der Augsburg-Zahlstelle standen, sondern sich durch ihre Mitarbeit in der Verwaltung ein ehrlisches Verdienst um das Gelingen des Aufstieges der Augsburger Zahlstelle erworben haben. Kollege Barth leitete lange Jahre als Vorhänger mit gutem Geschick die Geschäfte der Zahlstelle. Kollege Bogenhart gehört heute noch seit der Gründung der Zahlstelle der engeren Verwaltung an, wo er selbst in der ersten Zeit des Bestehens der Zahlstelle das verantwortungsvolle Amt des Vorhänger innehatte. Der Vorhänger, Kollege Koppold, möchte die Mitglieder an ihre Ehrenpflicht, für guten Besuch der Veranstaltung Sorge zu tragen. Ein einziges Mal in 25 Jahren müsse es möglich sein, daß alle Mitglieder die Veranstaltung besuchen. Kollege Koppold gab einen gedrängten Bericht über das zur Abwicklung gelangende Programm, welches von Angehörigen der Arbeitertruppe bestritten wird. Mitwirkende sind: Sängerkorps Typographia, Mitglied d. D.V.S., Freie Turnerschaft Augsburg Ost, Mitglied d. Arb.-S. Turn- und Sportbundes, sowie das Kabarett-Ensemble des Volkshaus Augsburg-Ost, ebenfalls Mitglied d. D.V.S.-Bundes. Mit besonderer Spannung wird wohl die Vorführung des nicht nur in Augsburg, sondern auch im Allgäu, in Schwaben und im Ries schon gezeigten „Herdchenpiel“ der Schillerinnen der Freien Turnerschaft Augsburg-Ost erwartet werden. Das Programm zerfalle in zwei Teile, der erste Teil trage einen Charakter, während der zweite Teil der Unterhaltung und dem Scherz gewidmet sein wird. Erreichterweise haben sich bis heute schon eine Anzahl Kollegen aus Nördlingen, Freising, wie auch Kaufbeuren zum Besuche angemeldet. Der Vorhänger verlas hierauf eine Einladung der Kaufbeurer Kollegenschaft zu ihrem am Sonntag, dem 16. August, in Kaufbeuren stattfindenden 25jährigen Gründungsfest. Die Augsburger Zahlstelle wird mit einer Abordnung vertreten sein. Einige besondere Angelegenheiten fanden dann noch ihre Erledigung. Die Gesamtmittglieder werden hiermit aufmerksam gemacht, daß o. Sonabend, dem 8. August, und Sonntag, dem 10. August, eine Veranlassungsfest durchgeführt wird. Träger der Veranstaltung sind: Das Reichsbanner, Ortsverein Augsburg der SPD.; Gewerkschaftsverein Augsburg; Arbeiter-Sport-Karstell Augsburg und Arbeiter-Sänger-Karstell Augsburg. Die Feier besteht in einem Aufmarsch sämtlicher Augsburger Republikaner am Samstag, ab 20 Uhr, von der Restauration zum „Turmische“ mit einem Fackelzug. Auflösung des Zuges im Volkshausgarten. Am Sonntag, dem 10. August, findet um 10,30 Uhr in der Sängerkapelle die eigentliche Veranlassungsfest statt, bei der Reichstagsabgeordneter Genosse Schöpfkin die Festrede hält. Hernach Demonstrationsszug wie bei der Kaiserzeit mit nachfolgender Kundgebung vor dem Stadttheater Augsburg. Die Gesamtkollegenschaft wird hiermit zu reger Beteiligung eingeladen.

Rundschau

Aussperrung in Österreich. Dem Reichsverein der österreichischen Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter sowie den anderen graphischen Organisationen ist von den Unternehmern ein Kampf aufgegeben worden, der weit über die Grenzen unseres Nachbarstaates hinaus besondere Beachtung verdient. Das Graphische Kartell, das die Vertretung aller graphischen Arbeiter bei Tarifverhandlungen zusammenfasst, bemühte sich in den ersten Julitagen, zum Abschluss eines neuen Tarifvertrages zu kommen. Bei der herausfordernden Haltung der Unternehmer aber mussten diese Bemühungen ohne Erfolg bleiben, wollten die Prinzipale doch Verschlechterungen der tariflichen Bestimmungen auf der ganzen Linie durchsetzen. Neun Tage wurde verhandelt, ohne dass es zu einer Annäherung der Parteien kam. Ende Juli erneut aufgenommene Verhandlungen zerfielen sich ebenfalls, sie zeigten nur, dass es den Unternehmern um ein regelrechtes Diktat zu tun war, wie der „Vorwärts“ das Organ unseres Bruderverbandes, mitteilt. Die ganze Vorlage der Unternehmer trug einen durchaus provozatorischen Charakter und machte ein Übereintommen fast unmöglich. Die Folge war ein tarifloser Zustand für unsere Kollegen in Österreich. Da aber in diesem Falle geschickt der alte Tarif als Einzelvertrag für die Arbeiter weitergeführt, von dem nur bei Neueinstellungen abgegangen werden kann, kündigten die Unternehmer in den meisten Druckereien ihrem Personal, so dass am 9. August die von der Kündigung betroffenen graphischen Arbeiter — der „Vorwärts“ hat 70 Pro, errechnet — ausgesperrt sind. Ausgenommen von der Kündigung sind die Wiener Zeitungsarbeiter, in der Provinz ist das Personal der Zeitungen teilweise gekündigt. Die graphische Arbeiterschaft Österreichs ist nicht untätig geblieben und durchaus in der Lage, den Kampf aufzunehmen. Die Kollegen sind gut gerüstet und werden den Unternehmern zu begegnen wissen. Die deutschen graphischen Arbeiter verfolgen aufmerksam den Kampf der österreichischen Kollegen. Ihr Kampf ist unser Kampf, ihr Sieg unser Sieg. Unsere kämpfenden österreichischen Brüder sehen jetzt, sie dürfen der Unterstützung ihrer deutschen Kameraden sicher sein.

Sperre für Österreich und Rumänien. Wie der Internationale Bund der Lithographen und Steindruckere mitteilt, sind die angehängten Verbände in Österreich und Rumänien zur Zeit in Lohnbewegungen verwickelt. Vor Arbeitsaufnahme nach diesen Ländern wird daher gewarnt, Zugang ist streng zu vermeiden, alle Arbeitsangebote der Unternehmer sind abzulehnen. Außerdem geht uns von der Steindruckere-internationale die Meldung zu, daß der belgische Verband über große Arbeitslosigkeit klagt. Keinen nach Belgien zum Zwecke der Stellungnahme müssen daher unterbleiben. Wir bitten unsere Mitglieder, auf vorstehende Mitteilungen zu achten, und sie in Kollegenkreisen weiterzugeben.

Arthur Schmit 25 Jahre Redakteur. Am 1. August feierte der Schriftleiter der Wochenzeitung des Deutschen Bauergewerbandes „Der Grundstein“, unser Kollege Arthur Schmit, sein fünfundsiebenzigjähriges Redakteurjubiläum. Kollege Schmit ist besonders der Berliner Gewerkschaftskollegen bekannt, denn von den 29 Jahren seiner volltätigen Tätigkeit entfallen fast 23 Jahre auf Berlin. Arthur Schmit ist von Beruf Odenformer. Schon in jungen Jahren zur Töpferorganisation gekommen, bescheidete er dort bis zu seiner Wahl zum zweiten Zentralvorsitzenden im Töpferverband schon wichtige Funktionen. Auch war er schon frühzeitig journalistisch sowohl für das Verbandsorgan als auch für die Parteipresse tätig. Das Amt des zweiten Zentralvorsitzenden im Töpferverband bekleidete er bis zum Jahre 1905. In diesem Jahre wurde im Töpferverband die Stelle eines Redakteurs geschaffen, welche Arthur Schmit übertragen wurde. Daß er dieses Amt zur vollen Zufriedenheit der Gesamtmitgliedschaft ausgeübt hat, beweist seine ständige Wiederwahl. Er hat dies Amt dann auch solange geführt bis „Der Töpfer“ einging. Mit der Errichtung des Bauergewerbandes kam Arthur Schmit nach Hamburg in die Redaktion des „Grundstein“, wo er seitdem das Amt des ersten Schriftleiters ausübt. Auch dies war ein Beweis der Wertung der Fähigkeiten des Kollegen Schmit. Mit der Übersiedlung des Bauergewerbandes und damit auch des „Grundstein“ nach Berlin ist Arthur Schmit nach dem Ausgangspunkt seiner Tätigkeit als Gewerkschaftsredakteur zurückgekehrt. Unser Jubilar ist über die rein gewerkschaftlichen Bestrebungen hinaus auch ein eifriger Förderer der Bestrebungen der Gemeinschaftsarbeit der Gewerkschaftsredakteure, um die Gewerkschaftspresse ebnbürtig in die Front der Großmacht Presse einzureihen. Er ist sich stets der Bedeutung bewußt gewesen, die diese Großmacht und auch die Gewerkschaftspresse besitzt, die schon seit langem weit über den Rahmen eines reinen Mitgliederorgans und der Mitteilungsblattes für Vereinsmitglieder hinausgewachsen ist. — Zu seinem Vierteljahrhundertjubiläum als Gewerkschaftsredakteur wünschen wir dem Kollegen Schmit noch viele Jahre erfrischenden Schaffens im Dienste der freien Gewerkschaftsbewegung. Vor allem möge er seinen Humor und seine Lebensfreude behalten.

Zur 27. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes. Die 27. Generalversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands tagte vom 20. bis 27. Juli im Gewerkschaftshaus in Breslau. Überfattet war die Tagung von dem schrecklichen Ereignis auf der Wenzeslausgrube in verhältnismäßiger Nähe des Tagungsortes, wo 151 Bergarbeiter durch einen plötzlichen Kohlenstaubausbruch den Tod fanden. Unter den Toten zählt der Verband 87 Mitglieder. Wie aus dem Bericht des Vorstandes, den der Vorsitzende Hufemann erstattete, zu entnehmen ist, hatte der Verband im ersten Quartal 1930 eine Mitgliederzahl von 194 871 aufzuweisen. Die Krisenwirkungen im Bergbau wirkten in sozialer Hinsicht katastrophal. Allein im Ruhrgebiet wurde vom 1. Januar bis 28. Juni 1930 — 4 298 633 Fördererstunden eingelegt. Diese brachten den davon betroffenen Arbeiter einen Lohnverlust von 43,2 Mill. Mark. Der Lohnausfall durch Arbeiterentlassungen kann auf etwa 20 Mill. Mark geschätzt werden. Stabile Verhältnisse zeigt eigentlich nur noch der Kalbergbau. Besonders schaff nahm der Vorstand des Verbandes Stellung gegen die Absichten der Unternehmer, die Löhne abzubauen. Versuchen in dieser Hinsicht wurde der schärfste Widerstand und Abwehrkampf angelegt. Klar und deutlich wurde betont, daß der Kampf gegen die reaktionären Unternehmerabsichten auch ein politischer sei und die Gewerkschaften sich deshalb einen politischen Rückhalt schaffen

müßten. Die Sozialdemokratie hat sich als die einzige zuverlässige Partei zur Förderung der Gewerkschaftsinteressen erwiesen. Dem Bericht über die internationalen Verhandlungen auf die Gebiete der Verständigungspolitik zur Regelung der internationalen Kohlenwirtschaft ist zu entnehmen, daß diesbezüglich noch wenig Fortschritt erreicht wurde. Der Versuch, auf der letzten Genfer Konferenz über Bergbaufragen, die Schlichtzeit im Bergbau international zu vereinheitlichen, ist im letzten Augenblick gescheitert. In einem großangelegten Referat behandelte der dritte Vorsitzende des VOBG, Hermann Müller, die Frage der „Rationalisierung in Wirtschaft- und Sozialpolitik“. Eine zu diesem Referat einstimmig angenommene Entschließung enthält den schärfsten Protest gegen die politischen Bestrebungen, die auf eine Droßelung der sozialpolitischen Aufwärtsentwicklung hinführen. Erneut wurde die Forderung auf Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in der Sozialversicherung herausgestellt. Notwendig sei das schon deshalb, damit Deutschlands wertvolles Gut — die Arbeitskraft — die das Unternehmertum nicht freiwillig zu geben bereit ist. Die Kommunisten waren in Breslau so gut wie nicht vertreten. So konnte die alte Verbandsführung einstimmig wiedergewählt werden, was, wie der Vorsitzende Hufemann in seinem Schlusswort mitteilte, in den Jahren seiner Zugehörigkeit zum Vorstand seit 1904 noch nicht vorgekommen sein soll. Schon diese Tatsache beweist, daß der Bergarbeiterverband mit der stattgefundenen Tagung als auch mit seinem organisatorischen Verhältnis zufrieden sein kann.

Zum Thema Preisabbau schreibt Dr. Wilhelm Groffopp (Berlin) in der „Kommunistenpolitischen Rundschau“ unter anderem folgendes: Wenn man künstlich erhöhten Preisniveau getrieben wird, dann darf auch nicht außer acht bleiben, daß ungewissheit der Apparat der öffentlichen Körperschaften zu sehr aufgeschwemmt ist und die Gesamtwirtschaft eine Steuerlast tragen muß, die sich auf fast ein Drittel ihres Gesamteinkommens beläuft und in dieser Höhe kaum tragbar ist. Daß es in den letzten Jahren nicht geklärt ist, zu gesundem staatsfinanziellen Verhältnis zu kommen, das ist eine der wichtigsten Ursachen der heutigen deutschen Wirtschaftskrise. Daß heute einerseits die Regierung Preisabbau ruft, andererseits aber die Steuern erhöht und somit den Preisabbau unmöglich macht oder wesentlich erschwert, das ist einer der tollsten Widersprüche, der je vorgekommen ist. Weil man sich an die künstlich erhöhten Preise nicht richtig heranwagt, weil man außerdem die Steuern erhöhen muß, will man zur Zeit den Preisabbau auf dem Wege des Lohnabbaues erzwingen, um so für die deutsche Wirtschaft notwendige Erweiterung des Konsums zu erzwingen. Die Fragwürdigkeit und Schädlichkeit einer solchen Maßnahme braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, doch soll man sich nicht darüber täuschen, daß die Gefahr eines Lohnabbaues ungeheuer groß und vielfach auch ein Abbau der wenigen anormal hohen Löhne unvermeidlich ist, weil in den letzten Jahren eine Wirtschaftspolitik geführt wurde, die einen Preisabbau dort, wo er möglich und notwendig war, unmöglich gemacht hat. Eine Prüfung der heute ausgegebenen Preisabbauparole zeigt, daß die Regierung bisher zwar diese Parole oft genug ausgegeben, daß sie aber nichts getan hat, um diese Forderung zu verwirklichen, ja, daß die heutige deutsche Wirtschaftspolitik einen Preisabbau fast unmöglich macht.

Massenentlassungen der Großindustrie. Die Arbeitslosigkeit ist durch die Massenentlassungen der Großindustrie nicht unwesentlich verschärft worden. Die größten Werke haben am entscheidendsten ihre Belegschaften abgebaut. Dies war möglich, weil durch die Rationalisierung eine wesentliche Leistungssteigerung gegeben war. Neuerdings werden die beschäftigten Entlassungen der Berliner Elektroindustrie kritisiert. Die Firmen Siemens, AEG, Bergmann usw. versuchen die Gehälter der Angestellten um 10 Proz. zu kürzen und als dies nicht gelang, wurden Massenentlassungen angefündet. Von 1925 bis 1928 liegt in der deutschen Elektroindustrie die Zahl der Arbeitnehmer um 16 Proz., auf der anderen Seite stieg aber der Erzeugungswert um 30 Proz. In der gleichen Weise fand eine Umschichtung statt. Trotz alledem will man die Belegschaften stark vermindern. Die elektrotechnischen Firmen haben den Versuch erst gar nicht unternommen, durch Preisentsetzungen eine Hebung des Absatzes herbeizuführen, um damit eine genügende Beschäftigung der Belegschaftszahl aufrechtzuerhalten. Man verfährt eben nach der alten Methode, indem man zu hohen Preisen zu verkaufen verliert und wenn dies nicht gelingt, die Arbeiter und Angestellten einfach auf die Straße setzt.

Die Volksfürsorge und das Neuroder Grubenunglück. Die jurchbare Katastrophe in der Wenzeslausgrube zu Neuroder, bei der mehr als 150 Bergarbeiter ums Leben kamen, ist ein erschütternder Beweis dafür, daß man im Interesse seiner Angehörigen niemals genug Vorzüge treffen kann. Die Notwendigkeit eines guten Lebensversicherungsabschlusses wird bei einem solchen Massenunglück besonders klar erkannt. Nach vorläufigen Feststellungen gehörten von dem Todesopfern der letzten Katastrophe in Neuroder 61 der Volksfürsorge an. Es sind Versicherungssummen in einer Gesamthöhe von rund 55 000 M. fällig geworden. Innerhalb 48 Stunden wurden bereits die ersten 28 000 M. ausgeschüttet. Im Rechnungsbereich Waldenburg der Volksfürsorge, zu dem auch das Neuroder Gebiet zählt, sind 17 Pro. der gesamten Bevölkerung bei der Volksfürsorge versichert. Der Prozentsatz steigt in einzelnen Orten bis zu 35 und mehr. Die Bewohner des schließlichen Bergbauereviere wüßten den Wert einer Versicherung bei der Volksfürsorge wohl zu schätzen.

Das zweite Jahrbuch der Freien Gewerkschaften Österreichs. Dem Beispiel des ersten Jahrbuchs folgend gibt auch das soeben erschienene zweite Jahrbuch des Bundes der Freien Gewerkschaften Österreichs auf 340 Seiten einen ausgezeichneten Überblick über alle Vorgänge, die das Gewerkschaftsleben 1929 berührten. Die Wirtschaft, die Sozialpolitik, die Entwicklung des Arbeitsmarktes werden eingehend gewürdigt, die Lohnbewegungen, der Stand der Löhne, der Abschluß von Kartellverträgen werden eingehend geschildert. Neu hinzugekommen ist gegenüber dem ersten Jahrbuch ein Abschnitt, der aus dem Leben der Verbände berichtet, was um so dankenswerter ist, als das Jahr 1929 mit seinen verbucheriichen Heimwehparaden, die die österreichische Wirtschaft in die schwerste Wirtschaftskrise brachten, an die Verbände die höchsten Anforderungen stellte. Die Schwere dieser Wirtschaftskrise spiegelt sich in den industriellen Zusammenbrüchen, vor allem aber in den grauenvollen Zahlen der Massenarbeitslosigkeit. Es zeugt von einer erstaunlichen Festigkeit der österreichischen Gewerkschaftsverbände, daß sie diesen Ansturm ohne nennenswerte Verluste überleben konnten. Die Zahl der Mitglieder ist zwar um 3,7 Pro. von 766 000 auf 737 000 zurückgegangen, aber dieser Verlust trifft vor allem bestimmte Sondergruppen und muß insbesondere mit dem Ausscheiden der Organisation der Portiere und Hausbesorger aus dem Bund der Freien Gewerkschaften erklärt werden. Daneben bringt das Jahrbuch eine vortreffliche Darstellung der Verhältnisse in der Frauennarbeit, der Beziehungen der Gewerkschaften zur Arbeiterbank und zu den Arbeitertammern und der Fortschritte im Bildungswesen. Für jeden Gewerkschaftler ist das Jahrbuch wiederum eine Fundquelle reichhaltiger Erkenntnisse.

Literatur

Paul D. Berg: Die Neue Gewerkschaftsinternationale und die Europäische Gewerkschaftsbewegung. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Stuttgart. Diese Broschüre gewährt uns dringende untere Lehren zur Anschauung. Sie zeigt uns die Missstände, die die Arbeiter, wie sie sind, ihre höchsten Ziele, ihre Forderungen zur Verwirklichung der Reformen und ihre Selbsttätigkeit bei angelegentlichem Willen streift, alles ins rechte Licht gerückt.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskritik. Herausgeber: Theodor Lehner, Berlin. Die Zeitschrift, seit 7. 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,00 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,00 M. Der Inhalt ist sehr reichhaltig und enthält eine Übersicht über die Tätigkeit der Arbeiter, ihre Forderungen zur Verwirklichung der Reformen und ihre Selbsttätigkeit bei angelegentlichem Willen streift, alles ins rechte Licht gerückt.

Die Gewerkschaftsbildung. Monatschrift des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit mit ihren Beilagen „Bühnenarbeit“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 70 Pf. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probeummern gern zur Verfügung.

Der Arbeiter. Zeitschrift für die Arbeiterbewegung. Herausgeber: Karl Schröder, Verlag Der Arbeiter G. m. b. H., Berlin SW 61, Preis 90 Pf. (für Mitglieder Sonderrechnung).

Der Strand. Halbjährschrift für Ost- und Nordsee, Verlag S. Mittler, Berlin SW 16, Unterhandener Straße 16. Die Halbjährschrift erscheint im 4. Jahrgang. 38 Seiten stark enthält einen Nachweis aller Ost- und Nordsee-Deutschlands mit kurzer Charakteristik, Plänen und Wohnungsanzeigen. Sie ist in allen Buchhandlungen und Fremdenverkehrsvereinen oder direkt vom Verlag S. Mittler, Berlin SW 16, Unterhandener Str. 16, zu haben.

Das Neue Bild ist das offizielle Organ des Arbeiter-Vierteljahres-Bundes. Die Zeitschrift ist für 40 Pf. und 10 Pf. Versandgebühren je Heft von jeder Buchhandlung und von Verlag S. Mittler, Berlin S. 14, zu beziehen. Alle verlebte Arbeiterheften, auch zur Gründung von Arbeiter-Vierteljahres-Bundes, kostenlos.



Beistell-Nr. — 335 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H., Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Bergbauingenieure

Unverwundt erlitten wir die Nachricht von dem plötzlichen Tode unserer Kollegen

Bedwig Lorenz
(Spamer)

Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen
Der Gauvorstand (Zahlfstelle Leipzig).

Abrechnungen

In der Woche vom 28. Juli bis 2. August sind die Abrechnungen der Gaue 4 aus München, 6 aus Leipzig, 8 aus Berlin, 10 aus Hamburg und 11 aus Danzig bei der Hauptkasse eingegangen.

Geldsendungen kamen aus Danzig 838,95 M., Frankfurt am Main 784,45 M., Hamburg 14 395,95 M., München 9482,64 M., Leipzig 25 222,60 M.

Berlin, den 2. August 1930. S. Robahl.

Für die Woche vom 3. August bis 9. August ist die Beitragssammler in das 32. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: E. Schliez Charlottenburg. Kreisverteilung 16. Berlin: Kurt Behrend 1938. — Berlin: S. Robahl, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckwerkstätte Gmb. H., Berlin SW 61, Dreibrünnchenstr. 6.